

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie

am Mittwoch, dem 21.04.2021,

im Saal der neuen Schulaula

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung wird um die Tagesordnungspunkte 4 und 10 erweitert. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen nicht.

A) Öffentliche Sitzung

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Jugendfragestunde

Keine Wortmeldungen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Benennung von Schriftführern für den Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie
Vorlage VL-119/2021

Der Ausschuss nimmt den Vorschlag zur Kenntnis. Es bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie beschließt, die Herren Hermann-Josef Schmitt und Heinz Wiersberg zu Schriftführern zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Verpflichtung sachkundige Bürger

Der Ausschussvorsitzende nimmt die Verpflichtung der anwesenden stellvertretenden sachkundigen Bürger/innen vor. Als stellvertretende sachkundige Bürger/innen werden verpflichtet:

Billig, Sonja
Münstermann, Stephanie
Flatten, Maak

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Jahresbericht der Schulleitung 2021 - Martinusschule
le
Vorlage VL-116/2021

Seitens der Schulleitung der Martinusschule Schlich liegt ein schriftlicher Bericht vor. Frau Pley ist in der Sitzung anwesend und trägt ergänzend zur Situation an der Martinusschule in Schlich vor:

Aufgrund der COVID 19 Situation arbeiten die Schüler/innen im Distanzunterricht mit Tablets. Diese wurden ihnen von der Schule zur Verfügung gestellt. Den Eltern werden regelmäßig Aufgaben von den Lehrpersonen zugeschickt, die die Schüler/innen bearbeiten und wieder an die Lehrperson zurückmelden müssen. Grundsätzlich ist die Unterstützung der Eltern bei dieser Form des Lernens in der Grundschule erforderlich.

Alle Lehrpersonen verfügen über Endgeräte, die ihnen den Kontakt zu Eltern und Schülern ermöglichen. Entsprechende Fortbildungen für die Lehrer/innen haben stattgefunden, so dass für alle Distanzunterricht auf dem gleichen Level möglich sei.

Bei Präsenzunterricht finden Covid-19-Testungen statt. Akzeptiert wird auch die Vorlage eines negativen Testergebnisses aus dem Testzentrum.

Seitens der Schule wünsche man sich eine stärkere Einbeziehung bei Schulangelegenheiten. z.B. bei baulichen Veränderungen oder der Gestaltung von Räumlichkeiten.

Während des Präsenzunterrichtes bleiben die Türen der Klassenräume geöffnet, damit eine ausreichende Belüftung der Klassenräume gewährleistet sei.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie nimmt den Bericht und die Ausführungen der Schulleitung zur Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Vorstellung des Integrationshelfers Nikolaus Scherzberg
Vorlage VL-120/2021

Herr Nikolaus Scherzberg ist als Integrationshelfer in der Gemeinde Langerwehe tätig. Er stellt sich persönlich in der Sitzung vor. Herr Scherzberg erläutert die Abläufe für neu in der Gemeinde ankommende Geflüchtete und die weitere Integrationsunterstützung. Insbesondere stellt er vor, wie die ersten Tage nach der Ankunft in Langerwehe gestaltet werden. Im Laufe der Zeit erhalten die Geflüchteten Unterstützungsangebote, insbesondere Informationen zu Anlauf- und Beratungsstellen, bei Sprach- und Verständigungsproblemen, der Kontaktproblematik sowie der Wohnraumbeschaffung. Darüber hinaus gebe es Initiativen zur Findung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie für Senioren Kontaktvermittlung zu hiesigen regionalen Senioreneinrichtungen. Eine Anlaufstelle für Geflüchtete ist insbesondere der örtliche Asylkreis mit seinen diversen Angeboten. Die Aktivitäten der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen seien aufgrund der Covid 19 Pandemie derzeit jedoch stark eingeschränkt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Vorstellung des Hausmeisters für die Flüchtlingsunterkünfte
Vorlage VL-121/2021

Herr Stephan Grothenn ist Hausmeister für die Flüchtlingsunterkünfte der Gemeinde Langerwehe. Er stellt sich persönlich in der Sitzung vor und gibt einen Einblick in den Alltag, seine Vorgehensweisen und Aufgaben als Hausmeister.

Derzeit bestehen keine nennenswerten Probleme. Covid 19 – Erkrankungen in den Flüchtlingsunterkünften habe es bisher nur in Einzelfällen gegeben. Die Betroffenen wurden in Quarantäne isoliert.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Überblick über die derzeitige Flüchtlingssituation in der Gemeinde Langerwehe
Vorlage VL-124/2021

Frau Hoffmann gibt einen Überblick über die aktuelle Flüchtlingssituation in der Gemeinde.

Mit Stand 8.4.2021 leben 114 Geflüchtete in der Gemeinde. Davon sind 39 als Flüchtlinge anerkannt, 34 besitzen eine Aufenthaltserlaubnis und 41 befinden sich im Status der Duldung.

Die Frage nach dem derzeitigen Impfstatus wird seitens der Verwaltung dahingehend beantwortet, dass der Kreis Düren Impfstoff beim Land angefragt habe. Bisher werde kein Impfstoff zugeteilt, noch werde ein Zeitrahmen für eine Bereitstellung genannt.

Ca. 25 weitere Zuweisungen Geflüchteter in die Gemeinde Langerwehe seien bereits avisiert, aber aufgrund der aktuellen Covid 19 Situation noch nicht realisiert. Bei Vorliegen genauer Zahlen werde der Haushaltsansatz entsprechend geändert.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Erklärung der Gemeinde Langerwehe zur Positionierung und humanitären Hilfe für Menschen auf der Flucht
hier: gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion B´90/Grüne und der GAL-Fraktion
Vorlage VL-122/2021

Herr König begründet den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion B´90/Grüne und der GAL-Fraktion. Mit Schreiben vom 18. März 2021 bitten die vorgenannten Fraktionen die als Anlage vorliegende Erklärung des Asylkreises Langerwehe zu beraten und die Resolution zu verabschieden. Danach soll die Gemeinde Langerwehe der Initiative „Sicherer Hafen“ beitreten und freiwillig mehr Flüchtlinge aufnehmen als ihr zugewiesen werden.

Frau Löfgen erläutert für die CDU- und FDP-Fraktion, dass es sich hier nicht um eine Resolution handeln könne, da in dem Antrag keine Aufforderung enthalten sei, tätig zu werden. Hier könne allenfalls von einer Erklärung die Rede sein. Inhaltlich schließen sich beide Fraktionen dem Antrag nicht an. Man befürchte deutlich höhere Kosten für die Gemeinde Langerwehe, wenn man mehr Geflüchtete aufnehme als zugewiesen werden, da es sich dann um freiwillige Leistung handele. Zudem werde verdeutlicht, dass man der Bundesrepublik und der Kanzlerin Angela Merkel keine Abschottungspolitik vorwerfen könne, da gerade diese sich für eine Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland eingesetzt haben.

Herr Reitler betont, dass Lippenbekenntnisse niemandem weiterhelfen werden. Seiner Ansicht nach ist die Gemeinde Langerwehe mit zusätzlichen Zuweisungen überfordert. Dies betreffe nicht nur die Kosten, sondern auch das Engagement der ehrenamtlichen Helfer/innen. Darüber hinaus führt er aus, dass die Initiative Seebrücke keine klare Haltung gegenüber Gegnern/innen unseres Grundgesetzes habe.

Nach intensiver und kontroverser Diskussion werden folgende Beschlüsse gefasst:

Abstimmung über die Beschlussvorschläge:

1. Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie empfiehlt dem Rat der Gemeinde Langerwehe die Erklärung des Asylkreises Langerwehe zu verabschieden.
2. Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie beauftragt den Haupt- und Finanzausschuss den Beitritt zum Bündnis Sicherer Hafen zu beraten und dem Rat zu empfehlen den Beitritt zu beschließen.

Abstimmung über die Beschlüsse:

3. Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie empfiehlt dem Rat der Gemeinde Langerwehe die Erklärung des Asylkreises Langerwehe zu verabschieden.
4. Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie beauftragt den Haupt- und Finanzausschuss dem Rat zu empfehlen dem Bündnis Sichere Häfen beizutreten.

Abstimmungsergebnis: Zu 1. Abstimmung: 9 ja, 8 nein, keine Enthaltungen
Zu 2. Abstimmung: 9 ja, 8 nein, keine Enthaltungen
Zu 3. Abstimmung: 9 ja, 8 nein, keine Enthaltungen
Zu 4. Abstimmung: 9 ja, 8 nein, keine Enthaltungen

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: Resolution der Gemeinde Langerwehe zur Positionierung und humanitären Hilfe für Menschen auf der Flucht und Aufruf an die EU-Verantwortlichen und an die Bundesregierung, zu handeln und Hilfe vor Ort zu organisieren.
hier: Antrag der CDU- und FDP-Fraktion VL-129/2021

Frau Löfgen begründet den gemeinsamen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion, mit welchem die EU-Verantwortlichen aufgerufen werden sollen, schnellstmöglich eine gesamteuropäische Lösung für die geflüchteten Menschen auszuarbeiten sowie die Bundesregierung aufzufordern, die Thematik ganz oben auf die EU-Agenda zu setzen. Dabei soll den betroffenen Ländern schnelle und unkomplizierte Hilfe für Menschen vor Ort angeboten und organisiert werden.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie empfiehlt dem Rat der Gemeinde Langerwehe, der Resolution zur Positionierung und humanitären Hilfe für Menschen auf der Flucht und Aufruf an die EU-Verantwortlichen und an die Bundesregierung, zu handeln und Hilfe vor Ort zu organisieren, zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: 9 ja, 7 nein, 1 Enthaltung

Zu Punkt 11 der Tagesordnung: Einführung der „Leichten Sprache“ in der Gemeindeverwaltung Langerwehe
- barrierefreie Kommunikation, insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten;
hier: Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage VL-84/2021

Die SPD-Fraktion beantragt die sukzessive Einführung der „Leichten Sprache“ in der Gemeindeverwaltung Langerwehe. Insbesondere Informationen, Vordrucke, Formulare, Webseiten, Apps sowie Mitteilungen sollen in einer leicht zu verstehenden Sprache formuliert und veröffentlicht werden. Dies betrifft nicht Rechtsbescheide, für die eigenständige Vorgaben existieren.

Die FDP-Fraktion bittet darum, den Antrag zurückzustellen, bis geprüft sei, was bereits durch EU-Normen und Gesetze vorgegeben ist.

Nach kurzer Sitzungsunterbrechung teilt Herr König mit, dass seine Fraktion den Antrag aufrechterhalte und um Abstimmung bitte.

Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen stellt nach weiterer Diskussion folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die Gemeinde Langerwehe durch ein Gesetz zur Umsetzung der leichten Sprache in ihren Gremien verpflichtet sei.

Abstimmung: 10 ja, 6 nein, 1 Enthaltung

- 1) Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss zu beschließen, die Gemeindeverwaltung zu beauftragen, zukünftig alle Informationen auf der Website/den sozialen Medien und dem Mitteilungsblatt in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen. Die Formulare werden entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis: Ja 15, nein 2, Enthaltungen keine

Zu Punkt 12 der Tagesordnung: Erweiterungsbau erster Bauabschnitt Martinusschule Schlich
Vorlage VL-101/2021

Der Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen, dass dieser Tagesordnungspunkt auf Antrag des Bürgermeisters Münstermann von ursprünglich TOP 14 auf TOP 12 vorgezogen werde. Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Der Rat der Gemeinde Langerwehe hat in seiner Sitzung vom 25.06.2020 beschlossen, den ersten Bauabschnitt des Erweiterungsbaus für die Martinusschule in Schlich umzusetzen. Der Erweiterungsbau beinhaltet die Erweiterung der OGS im Kellergeschoss, sowie die Errichtung von 4 Klassenräumen im Erd- und Obergeschoss zuzüglich Aufzugsanlage.

Zwischenzeitlich wurde der Planungsauftrag zur Erweiterung der Grundschule an das Architekturbüro daheim + uppenkamp aus Heimbach erteilt.

Herr Johnen führt aus, dass mit einem ersten Entwurf Anfang Mai gerechnet werde und dass danach eine Abstimmung mit der Verwaltung/Bauamt und Schule stattfinden könne. Von einem Baubeginn Oktober/November 2021 ist auszugehen. Die Bauzeit werde voraussichtlich $\frac{3}{4}$ Jahr in Anspruch nehmen.

Frau Löfgen spricht an, dass auch die Interessen der ortsansässigen Vereine Berücksichtigung finden müssen. Bürgermeister Münstermann zitiert daraufhin den Beschluss aus der Niederschrift über die 35. Sitzung des Rates vom 12.08.2020 wie folgt: „Nach Fertigstellung der Maßnahme wird den Vereinen die derzeit für schulische Zwecke in Anspruch genommene Containeranlage zur Eigenbewirtschaftung nach Absprache zur Verfügung gestellt.“

Herr Benter führt aus, dass in den Ortsteilen Schlich, Merode und D´horn zukünftig mit starkem Bevölkerungszuwachs (bis 2.000 Einwohner) gerechnet werde und fragt an, ob dies bei den Planungen Berücksichtigung finde.

Frau Jungherz teilt mit, dass der Erweiterungsbau sich am Schulentwicklungsplan - in den auch die demografischen Veränderungen aufgenommen werden - orientiert und man deshalb davon ausgehe, dass die Kapazitäten in der Zukunft ausreichen werden. Die Dreizügigkeit von Klassen können dann mit den vorhandenen Räumen abgedeckt werden.

Herr Klose fragt nach den Gründen der Entscheidung für das ausgewählte Architekturbüro. Seitens der Verwaltung wird ausgeführt, dass drei große Architekturbüros angefragt wurden.

Mit dem Ausbau der Schule gehe auch weiterer Bedarf an neuen Lehrerstellen einher. Diese liegen in der Zuständigkeit des Landes NRW.

Herr Benter spricht die Berücksichtigung von Belüftungsanlagen an. Herr Johnen teilt mit, dass diese sind derzeit nicht vorgesehen seien. Bürgermeister Münstermann ergänzt, dass in Neubauten Lüftungsanlagen eingebaut werden. Dies trifft auch auf die Erweiterung der Martinusschule zu.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung: Mobile Luftfilteranlagen für Schulen und Kindertagesstätten
Hier: Antrag Bündnis 90 / Die Grünen

Vorlage VL-117/2021

Die Verwaltung hat aufgrund des Antrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen erneut geprüft. Hierbei wurde zunächst die Raumanzahl ermittelt, welche mit einem mobilen Gerät in den Kindertagesstätten und Schulen auszustatten seien:

Europaschule Langerwehe:	70 Klassen- und Fachräume, Lehrerzimmer
Wehebachschule:	24 Klassen-/Fach-/ Betreuungsräume, Lehrerzimmer
Martinusschule:	17 Klassen-/Fach-/ Betreuungsräume, Lehrerzimmer
Kita Sonnenblume Langerwehe:	7 Gruppen- /Neben- und Mehrzweckräume

Kita Kunterbunt Heistern:	14 Gruppen- /Neben- und Mehrzweckräume
Kita Jüngersdorf:	13 Gruppen- /Neben- und Mehrzweckräume
Kita Pier:	7 Gruppen- /Neben- und Mehrzweckräume

Demnach seien insgesamt mindestens 152 Räume mit einer Raumgröße von 20 bis 120qm mit einem passenden Gerät auszustatten. Die Verwaltung geht derzeit von einem Mittelwert von 2.500,00 € je Gerät aus, so dass bei einer flächendeckenden Ausstattung der gemeindlichen Schulen und Kindertagesstätten von einem finanziellen Aufwand in Höhe von mindestens 380.000,00 € für die Beschaffung der Geräte gerechnet werden muss. Derzeit gibt es verschiedene wartungsarme und wartungsintensive Geräte auf dem Markt. Über die Höhe möglicher Wartungs- und Ersatzteilkosten kann erst nach Auswahl eines Gerätetyps eine konkrete Aussage getroffen werden. Die technischen Voraussetzungen sind abhängig von der Geräteauswahl und sind in der jeweiligen Einrichtung zu prüfen und entsprechend anzupassen, sofern dies notwendig ist.

Die Schulen sowie die Kindertagesstätten sind bereits vor mehreren Wochen mit CO2-Messgeräten ausgestattet worden.

Herr Flatten führt aus, dass die Dringlichkeit von Belüftungsanlagen mit der Verschlechterung der Covid 19 Situation deutlich zugenommen habe. Nach Recherchen der Fraktion könnten die Kosten niedriger ausfallen. Eine Firma aus dem Kreis Heinsberg sowie eine Firma aus dem süddeutschen Raum bieten die erforderlichen Geräte günstiger an als von der Verwaltung veranschlagt. Geräte können sowohl gekauft als auch geleast werden.

Herr König trägt vor, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag mittrage. Die SPD schlägt vor, dass in einem ersten Schritt die Kitas und im zweiten Schritt die Schulen mit Belüftungsgeräten ausgestattet werden.

Herr Klose führt aus, dass auch seine Fraktion den Antrag unterstütze und auch die Kitas in der ersten Priorität sieht. Leasing sollte auf jeden Fall geprüft werden.

Herr Benter sieht die Kitas ebenfalls in der ersten Notwendigkeit. Er regt an, die Covid 19 Tests außerhalb der Klassen durchzuführen und Klassenräume nur von negativ Getesteten betreten zu lassen.

Auch die CDU schließt sich den Vorrednern an. Auf die Gewährleistungsübernahme für die Geräte sei zu achten. Ebenso soll auf die Lautstärke der Geräte geachtet werden.

Herr Flatten weist daraufhin, dass nur solche Geräte beschafft werden sollen, die für Schulen und Kitas zugelassen sind.

Er verliest einen Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie beauftragt die Verwaltung, dem Rat für die Sitzung am 29.4.2021 und durch den HFA in der Sitzung am 28.4.2021 eine Beschlussvorlage als Tischvorlage zum Beschluss vorzulegen.

1. Die Räume in den Kindergärten, in denen sich dauerhaft Kinder und Erzieher/innen aufhalten, umgehend mit HEPA-Luftfiltern der Klassen 13 oder 14 zu schützen.
2. Die Räume in den Schulen, in denen sich dauerhaft Lehrer/innen und Schüler/innen aufhalten so schnell wie möglich mit HEPA-Luftfiltern der Klassen 13 oder 14 zu bestücken sowie die Finanzierung zu klären.

Bürgermeister Münstermann teilt mit, dass man sich mit den einzelnen Schulen beraten habe. Des Weiteren stehen 4 Kitas in der Trägerschaft der Gemeinde. In diesen Kitas wären 41 Räume zu bestücken. Die Anschaffungspreise liegen zwischen 1.000 und 1.200 € je Gerät. In der Summe sind insgesamt ca. 50 T€ zu veranschlagen.

Diese könnten aus der Schul- und Bildungspauschale genommen werden. Andere Dinge können dann aber aus diesem Haushaltstopf nicht mehr finanziert werden, da andere Vorhaben wie z.B. das Thema Digitalisierung nicht beeinträchtigt werden sollen.

Frau Jungherz teilt mit, dass auch nach Rücksprache mit den Schulleitungen die Geräusentwicklung der Belüftungsanlagen (ca. 60dB) als sehr störend empfunden werde. Die Europaschule kann sich einen Einsatz bei dieser Geräuschkulisse derzeit nicht vorstellen. Die Schulen benötigten darüber hinaus auch Trennwände zwischen den einzelnen Schülern.

Die Rückfrage beim Kreis Düren und anderen Kommunen im Kreis hat ergeben, dass bisher aufgrund der Geräusentwicklung keine Schule Belüftungsanlagen angeschafft habe. Folglich ist gut zu überlegen, ob hier Geräte angeschafft werden, die im Nachgang ggf. nicht genutzt werden.

Herr König schlägt zur Beschlussfassung vor, den Teil 1 bezüglich der Kitas zu übernehmen und diese mit den Belüftungsanlagen sofort auszustatten und den Teil 2 so zu benennen, dass die Verwaltung beauftragt werde zu prüfen, ob der Einsatz von Filteranlagen und in welchem Umfang, sinnvoll sei.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie beauftragt die Verwaltung dem Rat für die Sitzung am 29.4.2021 und dem HFA für die Sitzung am 28.4.2021 eine Beschlussvorlage als Tischvorlage zum Beschluss vorzulegen.

1. Die Räume in den Kindergärten, in denen sich dauerhaft Kinder und Erzieher/innen aufhalten, umgehend mit HEPA-Luftfiltern der Klassen H13 oder H14 zu schützen.
2. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit die Räume in den gemeindeeigenen Schulen, in denen sich dauerhaft Kinder, Jugendliche und Lehrkräfte aufhalten, so schnell wie möglich mit HEPA-Luftfiltergeräten der Klassen H13 oder H14 bestückt werden können, sowie die Finanzierung zu klären.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 14 der Tagesordnung: Stetige Prüfung der Möglichkeit des sozialen Wohnungsbaus;
hier: Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage VL-94/2021

Der Ausschuss für Bau, Verkehr und Planungsangelegenheiten empfiehlt dem Rat der Gemeinde Langerwehe, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in den betreffenden Vorlagen des Ausschusses für Bau- und Planungsangelegenheiten darzustellen, welcher Flächenanteil der jeweiligen Planfläche von Ein- und Zweifamilienhäusern bzw. welche Flächenanteile der Wohnflächen von Mehrfamilienhäusern für den sozialen Wohnungsbau festgelegt werden soll.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat der Gemeinde Langerwehe in der nächsten Sitzung über die weiteren Abstimmungen mit dem Dürener Bauverein seit dem Ratsbeschluss vom 27.09.2018 zu berichten und die sich durch eine Kooperation ergebenden Möglichkeiten für die Gemeinde Langerwehe darzustellen.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Bildung und Demografie nimmt den Antrag der SPD-Fraktion sowie die daraus resultierenden Beschlüsse des Ausschusses für Bau, Verkehr und Planungsangelegenheiten und des Rates zur Kenntnis.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung: Bildung Arbeitskreis Jugendarbeit
Vorlage VL-128/2021

Wegen der fortgeschrittenen Sitzungszeit und dem zu erwartenden längeren Gesprächsbedarf zu diesem Tagesordnungspunkt wird dieser auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Der Ausschuss beschließt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes auf die nächste Ausschusssitzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 16 der Tagesordnung: Mitteilungen und Anfragen

Bürgermeister Münstermann informiert darüber, dass der neue Kindergarten der Kreismäuse AöR mit Lüftungsanlagen ausgestattet werden soll. Noch ist nicht bekannt, ob andere Kitas bereits mit Lüftungsanlagen arbeiten. Dort wird jedoch seitens der Gemeinde angefragt, inwiefern in diesen Kitas der Einbau von Lüftungsanlagen geplant ist, und welche Standards dort gelten. Er verdeutlicht, dass wenn die Gemeinde Langerwehe ihre Kitas mit Lüftungsanlagen ausstattet und sich hier verantwortlich fühle, alle Sicherheitsstandards einzuhalten seien. Außer der Nachfrage bei anderen Kitas sehe man jedoch keine Möglichkeit für die Gemeinde dort einzugreifen.

Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt Mitteilungen und Anfragen erfolgen nicht.

B) Nichtöffentliche Sitzung

Zu Punkt 17 der Tagesordnung: Mitteilungen und Anfragen

Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt Mitteilungen und Anfragen erfolgen nicht.

Langerwehe, 21.04.2021

(Schlaak)
Vorsitzender

(Schmitt)
Schriftführer